

Experte warnt vor Crash bei Pensionen

Pensionsexperte Bernd Marin fordert verstärkt Zu- und Abschläge bei Pensionen.

■ CARINA KERSCHBAUMER

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Nur noch drei Prozent arbeiten bis zum 65. Lebensjahr. Gleichzeitig schlägt nun Pensionsexperte Bernd Marin neuerlich Alarm und hält selbst das von kaum jemand mehr erreichte Pensionsalter von 65 für die „Untergrenze“. „Wir werden über 67 Jahre nachdenken müssen“, weist Marin auf die steigende Lebenserwartung hin.

Die Warnung Marins stößt im laufenden Wahlkampf allerdings vorwiegend auf Ablehnung. „Es wird keine gesetzlichen Änderungen geben. Das muss man ganz eindeutig sagen“, stellte Mittwoch VP-Klubobmann Andreas Khol bei einer Informationskonferenz des steirischen Seniorenbundes in Graz fest. Durchaus anfreunden kann sich allerdings Seniorenbund-Obmann Stefan Knafl mit einer verstärkten Wahlmöglichkeit. „Entweder früher mit weniger Geld in Pension oder später mit mehr“, kann sich Knafl mit dem

Vorschlag Marins anfreunden, das gesetzliche Pensionsalter nur noch als Referenzalter für versicherungsmathematische Berechnungen von Zu- und Abschlägen zu sehen.

Weiter Streitthema bleibt das „Rohkonzept“ des Sozialministers für die Pensionserhöhungen. Geplant ist eine Erhöhung um 0,5 Prozent sowie eine Einmalzahlung. Für Knafl ist im Gegensatz zu SP-Pensionistenchef Karl Blecha die Erhöhung akzeptabel: „Es gibt keine andere Möglichkeit. Wenn Herr Blecha jetzt so große Töne spuckt, hat er vergessen, dass er dieser Regelung seine Zustimmung gegeben hat.“ Die Mehrkosten für die geplanten Pensionserhöhungen beziffert Knafl mit rund 436 Millionen Euro (6 Milliarden S). „Wesentlich ist, dass die Inflationsrate bei allen Pensionsbeziehern abgegolten werden muss“, pocht Knafl darauf, dass auch für Ehepaare die Richtsätze für alle Ausgleichszulagene**mpfänger** an die Armutsgefährdungsschwelle angepasst werden.